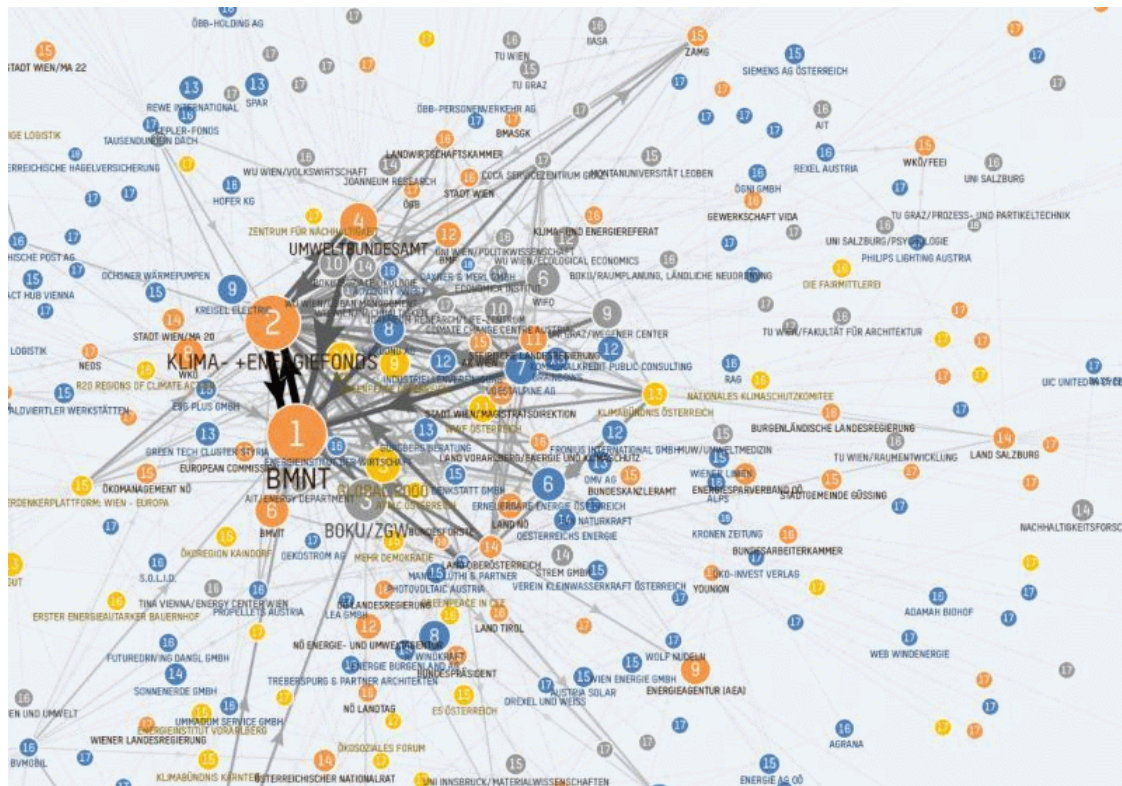


Klimapolitik in Österreich zu „zentralistisch“

An der Klimapolitik in Österreich hat sich seit 2013 wenig geändert – trotz neuer Regierung. Das zeigt eine neue Netzwerkanalyse. Zwischen den zentralen Akteuren und regionalen Initiativen gibt es demnach zu wenig Austausch.

Blickt man auf das Netzwerk der österreichischen Klimapolitik, dann sieht man: Im Zentrum stehen Umwelt- und Infrastrukturministerium, der Klima- und Energiefonds, Wirtschaftskammer, große Unternehmen und Energieversorger wie Voest und Verbund. Am Rand stehen die Bundesländer und Gemeinden, innovative neue Unternehmen und Initiativen.



Foto/Grafik: Bilder von FAS.research, Animation von Elke Ziegler, science.ORF.at

Ein Ausschnitt aus dem Netzwerk der österreichischen Klimapolitik: Ein eng vernetztes Zentrum steht einer Peripherie aus zahlreichen, kaum angebotenen Start-ups, Projekten und Initiativen gegenüber. Von der Wissenschaft ist nur die Universität für Bodenkultur nahe am Zentrum, davon abgesehen findet sich die Klimaforschung in der Peripherie.

Diese Gewichtung in eng vernetztes Zentrum und wenig vernetzte Peripherie ist in der Netzwerkanalyse nicht willkürlich, sie steht für Machtverhältnisse, sagt Harald Katzmair, Geschäftsführer von FAS.research <<http://www.fas-research.com/>> : „Die Spielregeln werden nie in der Peripherie, sondern immer im Zentrum verhandelt. Die Frage ist, wer am Tisch der Macht sitzt.“

In dem vom Klima- und Energiefonds geförderten Projekt „RIPA – Roadmap to the Implementation of the Paris Agreement“ <<http://projects.fas.at/RIPA/>> untersuchen Katzmair und seine Kolleginnen derzeit die österreichische Klimapolitik. 799 aus Datenschutzgründen nicht namentlich genannte Personen und 549 Institutionen aus Politik (orange), Wirtschaft (blau), Zivilgesellschaft (gelb) und Wissenschaft (grau) wurden im Netzwerk erfasst.

„Die regionalen, autonomen Lösungen sind oft wunderbar, sehr innovativ und engagiert. Aber sie reichen eben nur bis zu einem bestimmten Moment. Es braucht andere Vehikel, um voranzukommen, um zu beschleunigen“, so Katzmair, und er meint damit Vorgaben, die der Bund machen müsste, zum Beispiel: Steuern auf fossile Energieträger erhöhen, Abgaben auf erneuerbare senken. Oder: Förderungen für Wirtschaft und Landwirtschaft an Klimaauflagen koppeln. Dabei geht es nicht darum, dass die Ministerien diktieren und alle anderen folgen müssen. Ein Netzwerk bringt dann Neues hervor, wenn sich alle Teile austauschen.

01 Sendungshinweis:

Über das Netzwerk der Klimapolitik berichteten auch die **Journale** <<https://oe1.orf.at/programm/20190304/545598>> am 4.3.2019., 8 Uhr

